



**Ausgewählte Ergebnisse
der Politikpanel Deutschland Umfrage Januar 2023**

30.01.2023

Prof. Dr. Uwe Wagschal
Dr. Sebastian Jäckle

unter Mitarbeit von Dr. James Kenneth Timmis

Kontakt:

Prof. Dr. Uwe Wagschal
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Seminar für Wissenschaftliche Politik
Werthmannstraße 12
79085 Freiburg
E-Mail: politikpanel@politik.uni-freiburg.de
Telefon: 0761/203-9361
<https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/>



Inhaltsverzeichnis

A: Umfragedauer	2
B: Alter & Geschlecht	2
C: Alter & Bundesland	3
1. Krisenwahrnehmung	4
2. Wichtigkeit ausgewählter Politikbereiche	5
3. Nachhaltigkeit	6
4. Einstellung zu Klimaprotesten und allgemein unterschiedlichen Protestformen	11
5. Außen und Sicherheitspolitik	20

Das Politikpanel Deutschland ist eine Online-Befragung der Universität Freiburg unter der Leitung von Prof. Dr. Uwe Wagschal (Seminar für Wissenschaftliche Politik), die seit der Bundestagswahl 2017 in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wird. Dabei wurden bislang mehrere zehntausend Personen befragt.

Die vorliegende Befragung wurde im Zeitraum vom 13. bis 23. Januar 2023 durchgeführt. Insgesamt haben an der Umfrage 7.847 Personen teilgenommen, wobei 7.244 den Fragebogen beendeten.

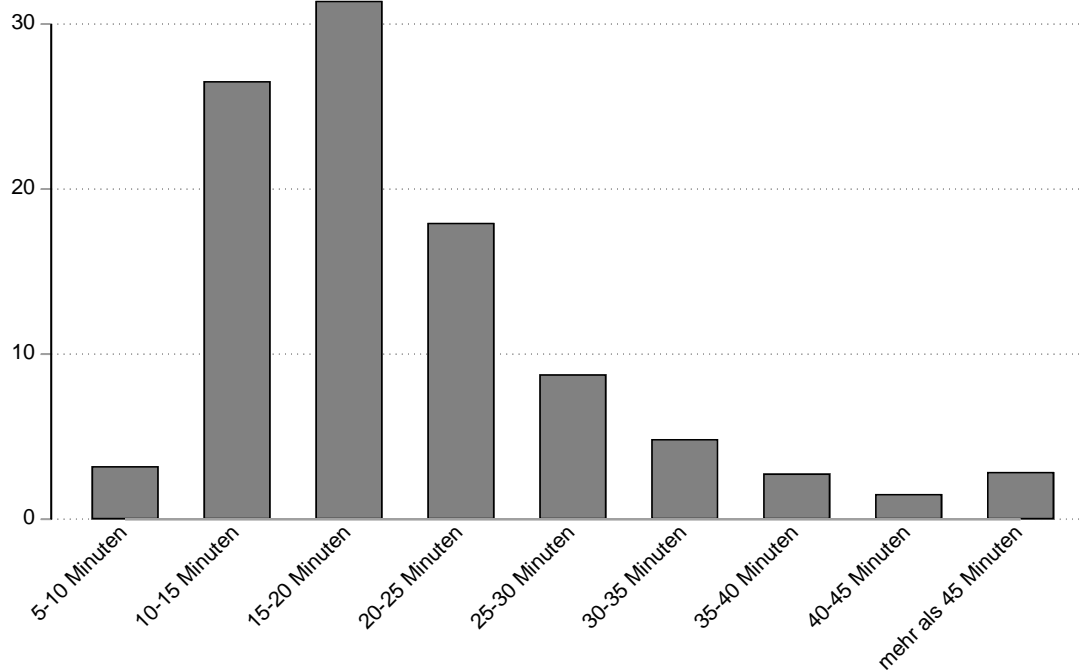
Die Teile A-C geben einen Überblick über den ungewichteten Datensatz.

Für alle weiteren Analysen (1-6) werden die Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ein Proportional Iterative Fitting Verfahren (Raking) anhand der Randhäufigkeiten von Altersgruppe (18-30, 31-45, 46-60, 60+), Geschlecht (m/w), Bundesland und Sonntagsfrage¹ an die reale Verteilung in der Bevölkerung angepasst. Durch diese Gewichtung ist es möglich, ähnlich wie bei einer Zufallsstichprobe, verallgemeinerbare Aussagen über die gesamte Bevölkerung anzustellen. Diese Gewichtung sowie die bei allen Fragen gegebene Möglichkeit keine Antwort zu geben, erklären auch die Differenzen in der Gesamtfallzahl in den folgenden Auswertungen.

¹ Für die Sonntagsfrage wird beim Raking auf den Mittelwert der vier folgenden repräsentativen Umfragen zurückgegriffen: Kantar Emnid 14.01.2023, Forsa 10.01.2023, Forschungsgruppe Wahlen 13.01.2023 und Infratest dimap 05.01.2023.

A: Umfragedauer

Ungewichtet in Prozent aller Teilnehmenden, welche die Umfrage ohne Unterbrechung beendet haben (N = 6.885)



Die durchschnittliche Umfragedauer lag bei etwa 20:25 Minuten, mit einer Standardabweichung von etwa 9:40 Minuten. 359 Personen haben nach einer längeren Unterbrechung die Umfrage beendet. Für diese ist keine Umfragedauer ausgewiesen. 603 Personen haben die Umfrage begonnen, aber nicht beendet. Diese haben im Durchschnitt 5:40 Minuten auf der Online-Seite der Umfrage verbracht.

B: Alter & Geschlecht

Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, welche die Umfrage beendet haben

Geschlecht	18-30	31-45	46-60	61+	k.A.	Summe
männlich	715	1.016	1.409	1.444	13	4.597
weiblich	341	632	902	666	8	2.549
nicht binär	19	14	6	0	0	39
k.A.	8	8	25	13	5	59
Summe	1.083	1.670	2.342	2.123	26	7.244

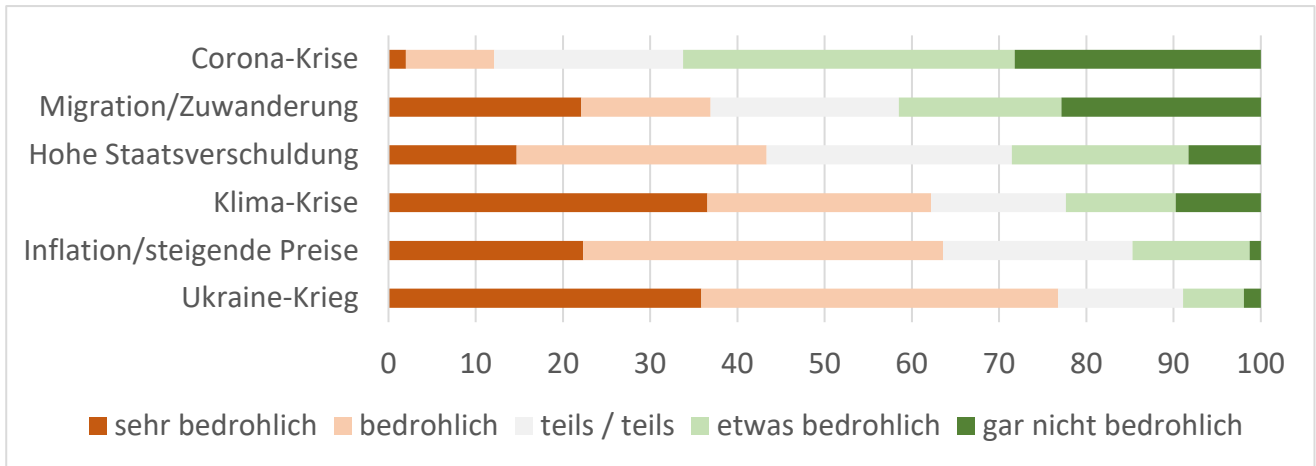
C: Alter & Bundesland

Ungewichtete absolute Anzahl an Teilnehmenden, welche die Umfrage beendet haben

Bundesland	18-30	31-45	46-60	61+	k.A.	Summe
Baden-Württemberg	252	289	394	490	7	1.432
Bayern	165	285	329	240	2	1.021
Berlin	57	86	107	66	1	317
Brandenburg	20	32	54	49	0	155
Bremen	11	45	106	180	1	343
Hamburg	16	34	46	37	0	133
Hessen	66	121	136	92	2	417
Mecklenburg-Vorpommern	13	28	30	25	0	96
Niedersachsen	79	147	234	197	4	661
Nordrhein-Westfalen	192	302	489	406	4	1.393
Rheinland-Pfalz	31	60	106	92	1	290
Saarland	13	17	31	16	0	77
Sachsen	46	81	76	54	0	257
Sachsen-Anhalt	13	30	34	21	0	98
Schleswig-Holstein	34	43	88	66	1	232
Thüringen	38	48	52	64	1	203
Ausland	37	22	29	28	0	116
k.A.	0	0	1	0	2	3
Summe	1.083	1.670	2.342	2.123	26	7.244

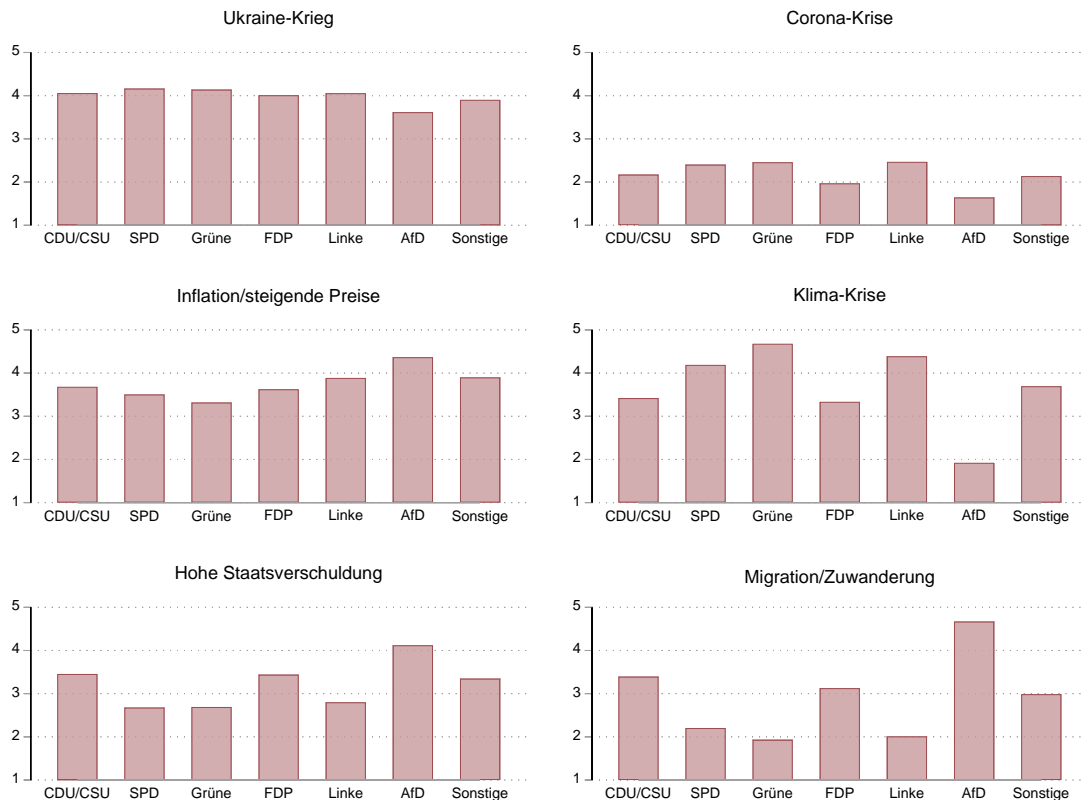
1. Krisenwahrnehmung

Die heutige Zeit ist von vielen Krisen geprägt. Für wie bedrohlich halten Sie die folgenden Krisen?



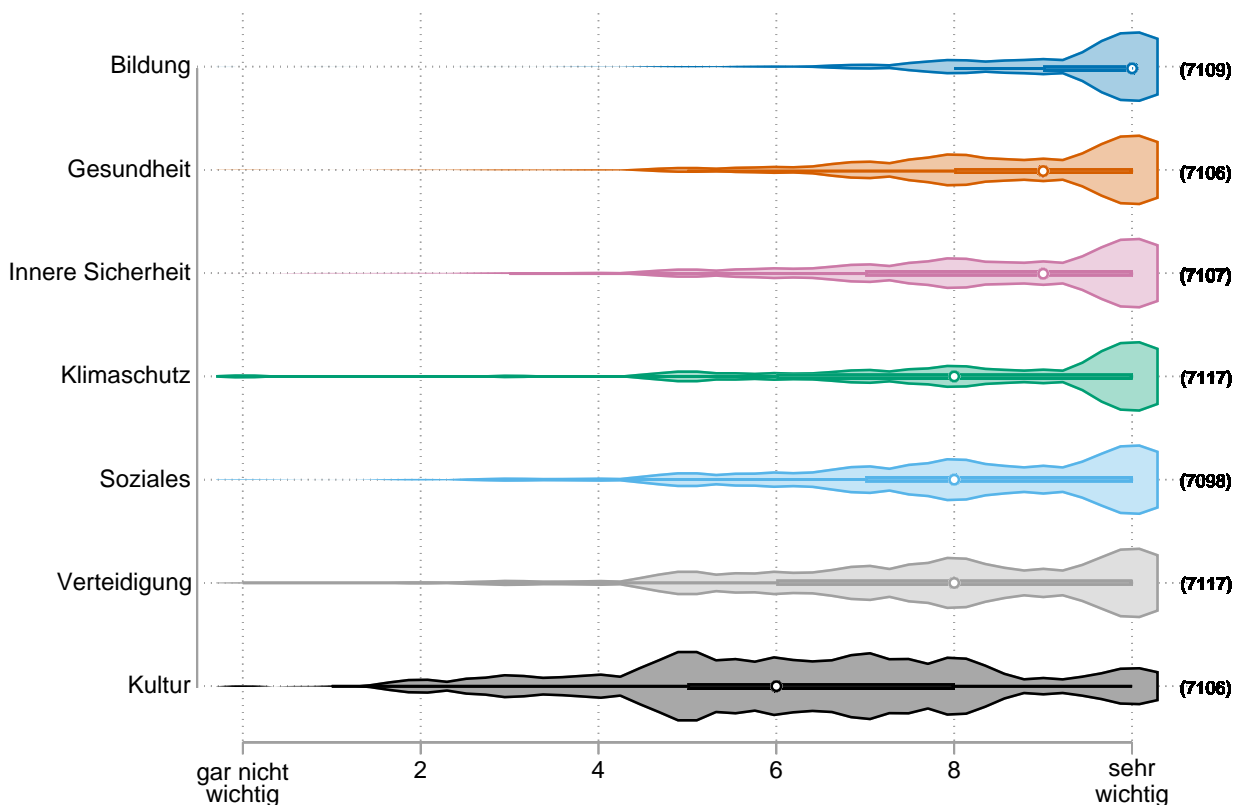
Die Corona-Pandemie stellt mehr als drei Jahre nach dem Ausbruch der Krankheit in Wuhan für die große Mehrheit der Befragten keine große Bedrohung mehr dar. Knapp 77 Prozent sehen hingegen den Ukraine-Krieg als bedrohlich oder sehr bedrohlich an. Im Vergleich zur letzten Politikpanel Deutschland Befragung im Juli 2022 ist dieser Anteil nur minimal um etwa 1 Prozentpunkt gesunken. Inflation/steigende Preise und die Klima-Krise folgen im Bedrohlichkeits-Ranking auf dem zweiten und dritten Platz. Interessant ist, dass während bei der Einstufung der Klimakrise im Vergleich zum Juli 2022 fast keine Unterschiede festzustellen sind, nun im Januar 2023 etwa 10 Prozent weniger Inflation/steigende Preise als sehr bedrohlich ansehen. Gleichzeitig bleibt es wie auch im Juli 2022 dabei, dass fast niemand (nur 1,3 Prozent) die Inflation als gar kein Problem ansehen. Beim neu hinzugekommenen Item Migration/Zuwanderung zeigt sich eine fast perfekt symmetrische Teilung der Befragten: während knapp 40 Prozent hier eine Bedrohung sehen, ist dies für etwas mehr als 40 Prozent nicht der Fall.

Mittelwert Krisenwahrnehmung nach Sonntagsfrage (1 = gar nicht bedrohlich; 5 = sehr bedrohlich)



Die Wahrnehmung der Krisen unterscheidet sich dabei wie bereits im Juli 2022 zum Teil danach, welche Partei die Befragten bei der nächsten Bundestagswahl wählen würden. Insbesondere die AfD-Anhänger stechen hier heraus. Sie sehen den Ukraine-Krieg, aber auch die Corona-Pandemie und vor allem die Klima-Krise als deutlich weniger bedrohlich an als die Anhänger der anderen Parteien. Interessant ist dabei, dass die Bedrohungswahrnehmung des Ukraine-Kriegs bei den AfD-Anhängern seit Juli 2022 zugenommen hat, wohingegen sie bei den Anhängern der anderen Parteien faktisch konstant geblieben ist. Die AfD-Anhänger nähern sich bei dieser Frage also der restlichen Bevölkerung an. Gleichzeitig sind die AfD-Anhänger diejenigen, die die Inflation und die Krise der öffentlichen Finanzen (Staatsverschuldung) am bedrohlichsten wahrnehmen. Das gleiche gilt auch für das neu abgefragte Thema Migration/Zuwanderung. Während dieses Thema bei den AfD-Anhängern ähnlich hohe Bedrohungswerte wie das Thema Klima-Krise bei den Grünen-Anhängern. Die größten Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung zeigen sich auch gerade bei diesen beiden Themen: Klima-Krise und Migration/Zuwanderung. Hier hängen offensichtlich die Wahlabsichten sehr stark mit den Bedrohungswahrnehmungen zusammen. Dagegen wird beispielsweise die Bedrohung durch die Inflation aber auch durch den Ukraine-Krieg von den Anhängern der verschiedenen Parteien vergleichsweise ähnlich gesehen. Die Anhänger von Linken, SPD und Grünen sehen die Staatsverschuldung als am wenigsten bedrohlich an.

2. Wichtigkeit ausgewählter Politikbereiche (1 = gar nicht wichtig, 10 = sehr wichtig)



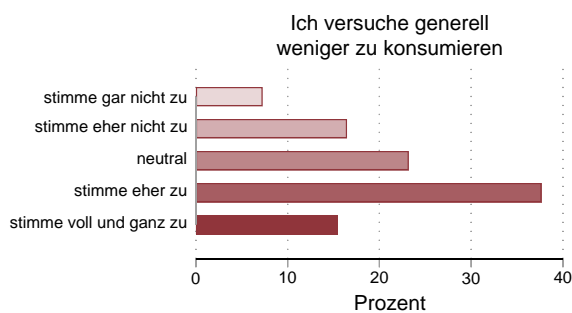
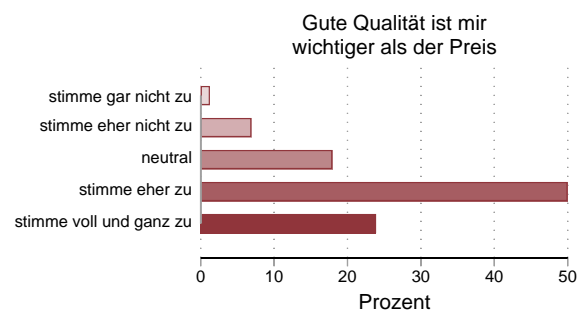
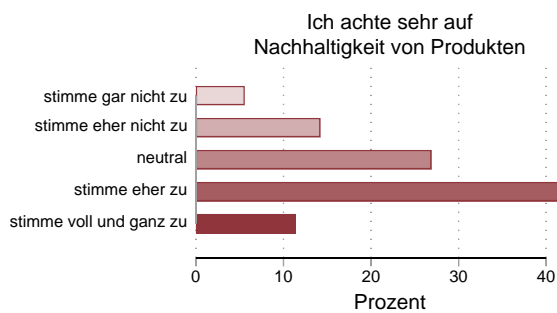
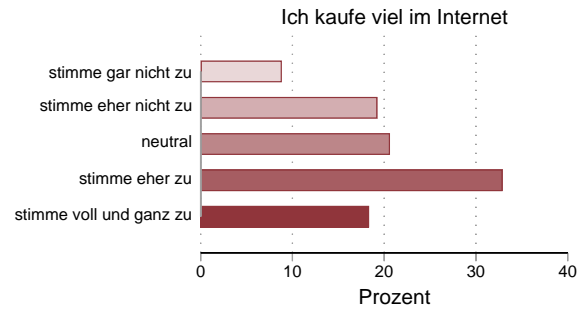
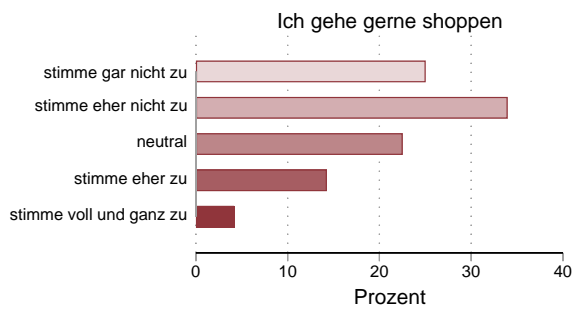
Anmerkung: Abgetragen sind die Verteilungen der Antworten auf die Frage „Für wie wichtig halten Sie die folgenden Politikbereiche?“. Der weiße Punkt stellt den Median dar (50 Prozent der Antworten liegen über, 50 Prozent unter diesem Wert), innerhalb des breiteren Balkens in der Mitte liegen die mittleren 50 Prozent der Antworten, d.h. je 25 Prozent haben Werte unter bzw. über diesem Balken angegeben. Die Fallzahl der Antworten findet sich rechts in Klammern.

Die Frage nach der Wichtigkeit ausgewählter Politikbereiche zeigt, dass Bildung mit Abstand von den meisten Befragten als sehr wichtiger Politikbereich betrachtet wird. 62 Prozent kreuzen hier die 10 an. Es folgen Gesundheit und Innere Sicherheit (43 bzw. 40 Prozent, die eine 10 vergeben). Bei diesen drei Politikbereichen hat zudem fast niemand der Befragten eine sehr geringe Wichtigkeit (Werte von 0-2) angegeben. Bei Bildung sind es beispielsweise gerade einmal 0,44 Prozent, die Werte von 0-4 angeben und damit diesem Bereich eine sehr oder eher geringe Wichtigkeit attestieren. Bei Klimaschutz, Verteidigung und Soziales gibt zwar auch die Mehrheit an, dass es sich um sehr wichtige Politikbereiche handelt, aber im Gegensatz zu Bildung und Gesundheit gibt es hier auch deutlicher ausgeprägte Mindermeinungen, dass diese Bereiche weniger wichtig wären. Insbesondere beim Klimaschutz zeigt sich dies. Beim Klimaschutz handelt es sich auch um den einzigen der hier abgefragten Politikbereiche, in dem auch eine relevante Anzahl an Befragten „gar nicht

wichtig“ angekreuzt hat (3,9 Prozent), wohingegen die häufigste Antwort „sehr wichtig“ war (37,7 Prozent). Bei der Frage nach dem Klimaschutz zeigt sich im Vergleich mit den anderen hier abgefragten Politikbereichen entsprechend die größte Polarisierung in der Bevölkerung. Als deutlich weniger wichtig schätzen die Befragten den Bereich Kultur ein. Hier ist die häufigste Antwortkategorie ein Wert von 5, d.h. die Mitte der Skala von gar nicht bis sehr wichtig.

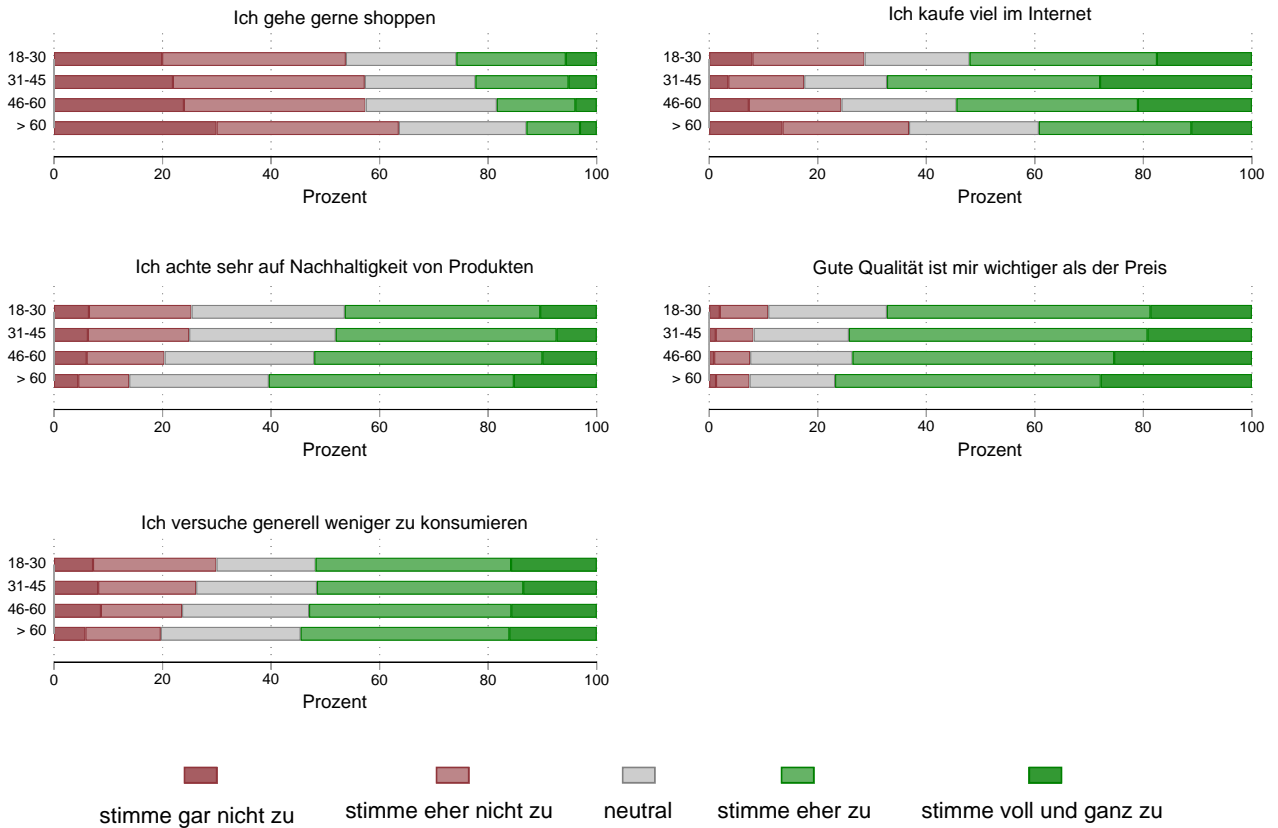
3. Nachhaltigkeit

Inwieweit treffen die folgenden Aussagen zum Thema Konsum auf Sie zu?



In Bezug auf den eigenen Konsum wird von den meisten Befragten ein großer Wert auf Nachhaltigkeit und Qualität von Produkten gelegt. Auch sagen mehr als 50 Prozent, dass sie versuchen, generell weniger zu konsumieren. Shoppen gehen wird nur von weniger als 20 Prozent als angenehme Freizeitaktivität wahrgenommen. Hingegen stimmen mehr als 50 Prozent der Aussage zu, dass sie viel im Internet kaufen. Nach Altersgruppen aufgegliedert zeigen sich bei diesen Fragen allerdings gewisse Unterschiede, wie die folgenden Grafiken zeigen.

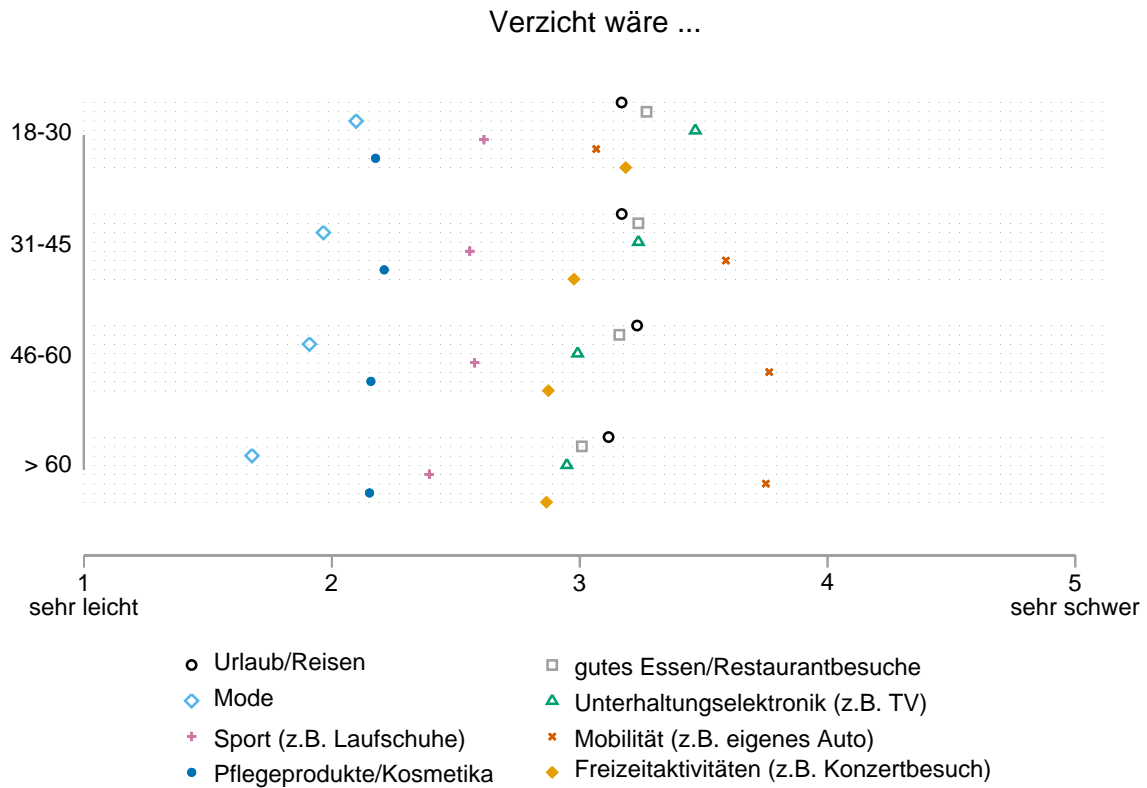
Aussagen zum Thema Konsum nach Altersgruppe



Während die älteste Gruppe der Befragten am häufigsten den Aussagen „Ich achte sehr auf Nachhaltigkeit von Produkten“ und „Gute Qualität ist mir wichtiger als der Preis“ zustimmt, nimmt die Zustimmung zur Aussage „Ich gehe gerne shoppen“ mit dem Alter kontinuierlich ab. Bei der Frage, ob generell versucht wird, weniger zu konsumieren, ist die Zustimmung über alle Altersgruppen vergleichsweise ähnlich. Allerdings zeigt sich hier insoweit ein Unterschied, als jüngere Befragte häufiger dieser Aussage nicht zustimmen als ältere. Eine etwas andere Verteilung zeigt sich bei der Frage, ob man viel im Internet kauft. Dies bejahen insbesondere Personen zwischen 31 und 45 Jahren, wohingegen die jüngste und die älteste Altersgruppe diese Aussage häufiger ablehnen.

Schwierigkeit des Konsumverzichts nach bestimmten Konsumgütern und nach Altersgruppe

Wenn Sie an Ihren eigenen Konsum denken, auf was würden Sie nur ungern verzichten?
Geben Sie auf der Skala von 1-5 an, wie schwer es Ihnen fallen würde, auf den Konsum der folgenden Dinge zu verzichten.



Anmerkung: Abgetragen sind die Mittelwerte nach Altersgruppe.

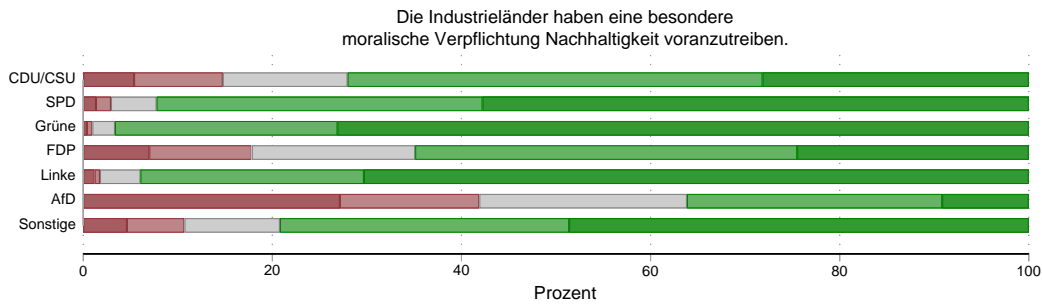
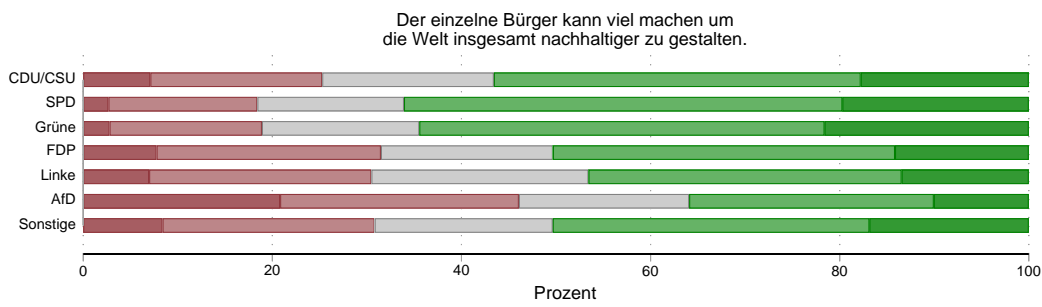
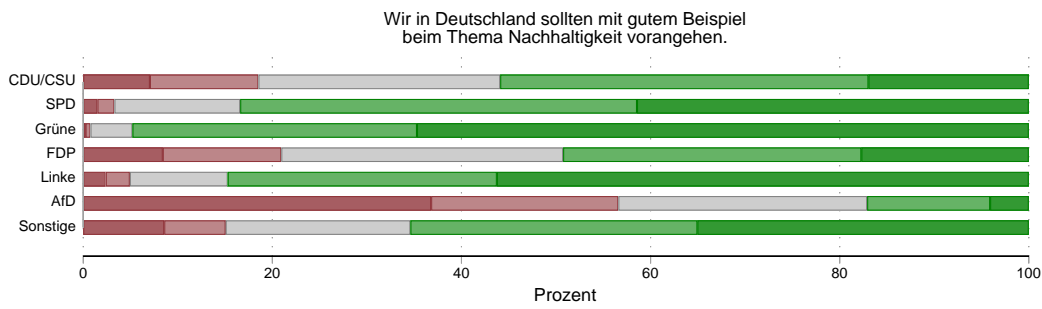
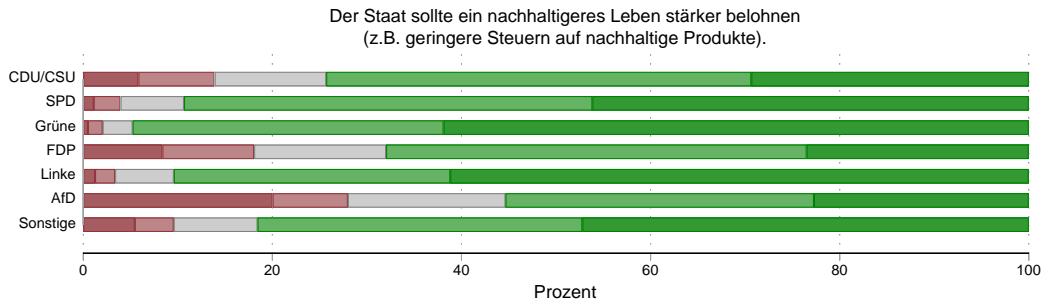
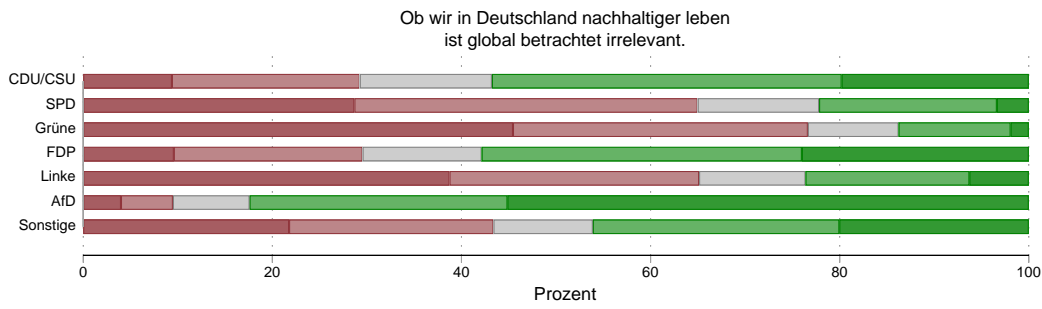
Am leichtesten fiel den Befragten der Verzicht auf Mode, Pflegeprodukte und – etwas schwerer – Sportprodukte. Als deutlich schwieriger wird der Verzicht auf Freizeitaktivitäten, gutes Essen bzw. Restaurantbesuche, Unterhaltungselektronik und Mobilität bewertet. Hier zeigen sich auch relativ deutliche Unterschiede nach Altersgruppen. Während der Verzicht auf Unterhaltungselektronik für die jüngste Altersgruppe als schwieriger eingeschätzt wird als alle anderen abgefragten Items, sind für Personen ab 45 Urlaub/Reisen und gutes Essen/Restaurantbesuche wichtiger, v.a. aber die eigene Mobilität.

Denken Sie, dass es für einen Menschen in Deutschland aktuell möglich ist, ausreichend nachhaltig zu leben?
Auswertung nach Wahlabsicht und Geschlecht



Bei der sehr grundsätzlichen Frage, ob es für Menschen in Deutschland überhaupt möglich sei, ausreichend nachhaltig zu leben (hierbei wurde ganz gezielt nicht näher definiert, was unter einem nachhaltigen Leben zu verstehen sein sollte), zeigen sich sowohl deutliche Unterschiede nach Wahlabsicht als auch nach Geschlecht. Frauen sind hier bei fast allen Parteien skeptischer, wobei der Geschlechtsunterschied besonders deutlich bei den Anhängerinnen und Anhängern der CDU/CSU ausgeprägt ist. Während etwa 40 Prozent der Männer mit dieser Wahlabsicht der Meinung sind, dass ein nachhaltiges Leben nicht möglich sei, sind es bei den Frauen mit CDU/CSU-Wahlabsicht fast 60 Prozent. Bei allen Parteien mit Ausnahme der FDP ist es zudem so, dass bei den Frauen die Mehrheit nicht davon ausgeht, dass ein nachhaltiges Leben möglich sei. Die Anhänger der FDP sind entsprechend die einzigen, die mit relativ deutlicher Mehrheit davon ausgehen, dass man in Deutschland nachhaltig leben könnte. Die Anhänger der Linken finden sich am anderen Ende der Skala. Nur etwa 20 Prozent von ihnen (Männer wie Frauen) gehen davon aus, dass es aktuell für Menschen in Deutschland möglich sei, ausreichend nachhaltig zu leben.

Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

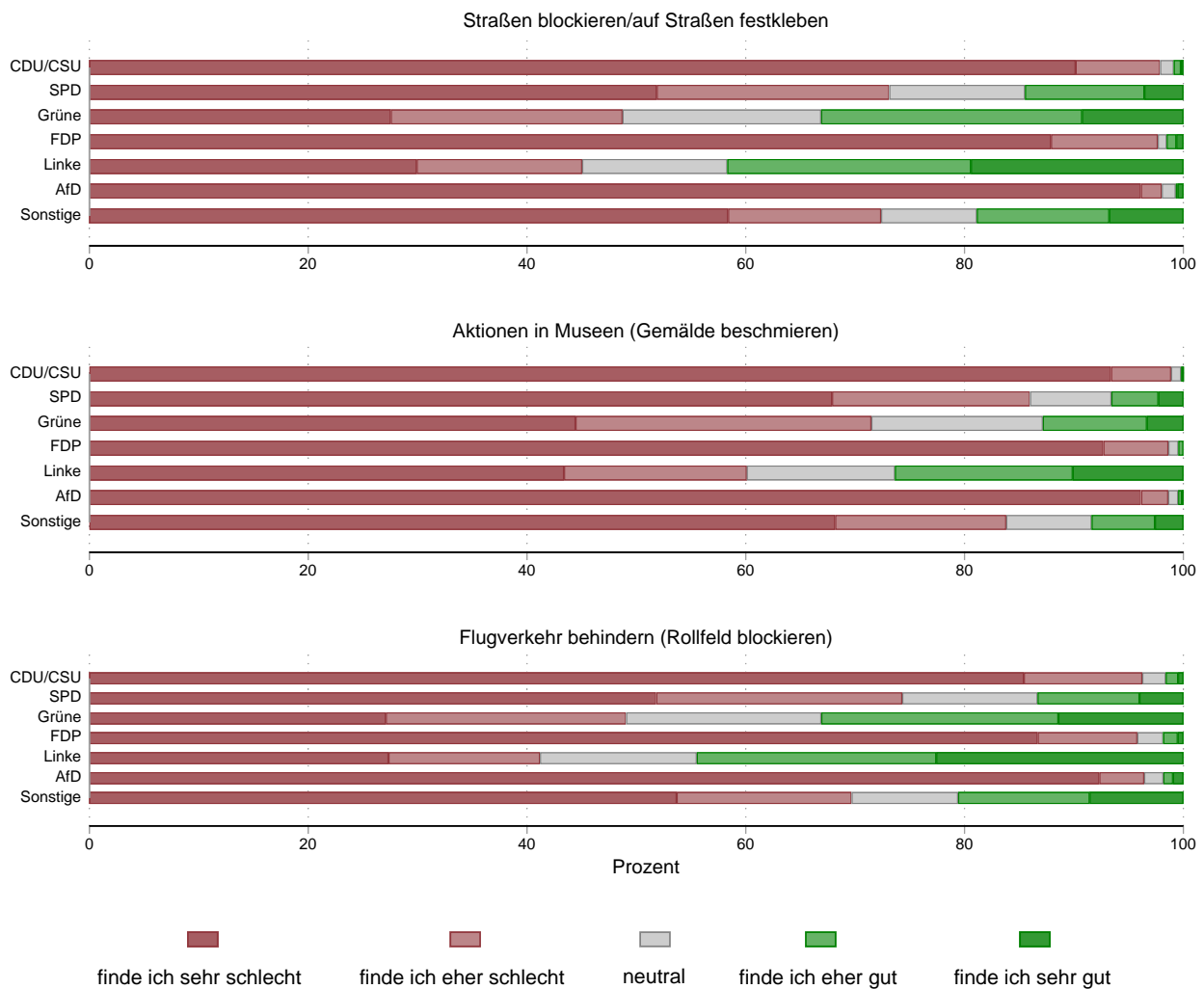


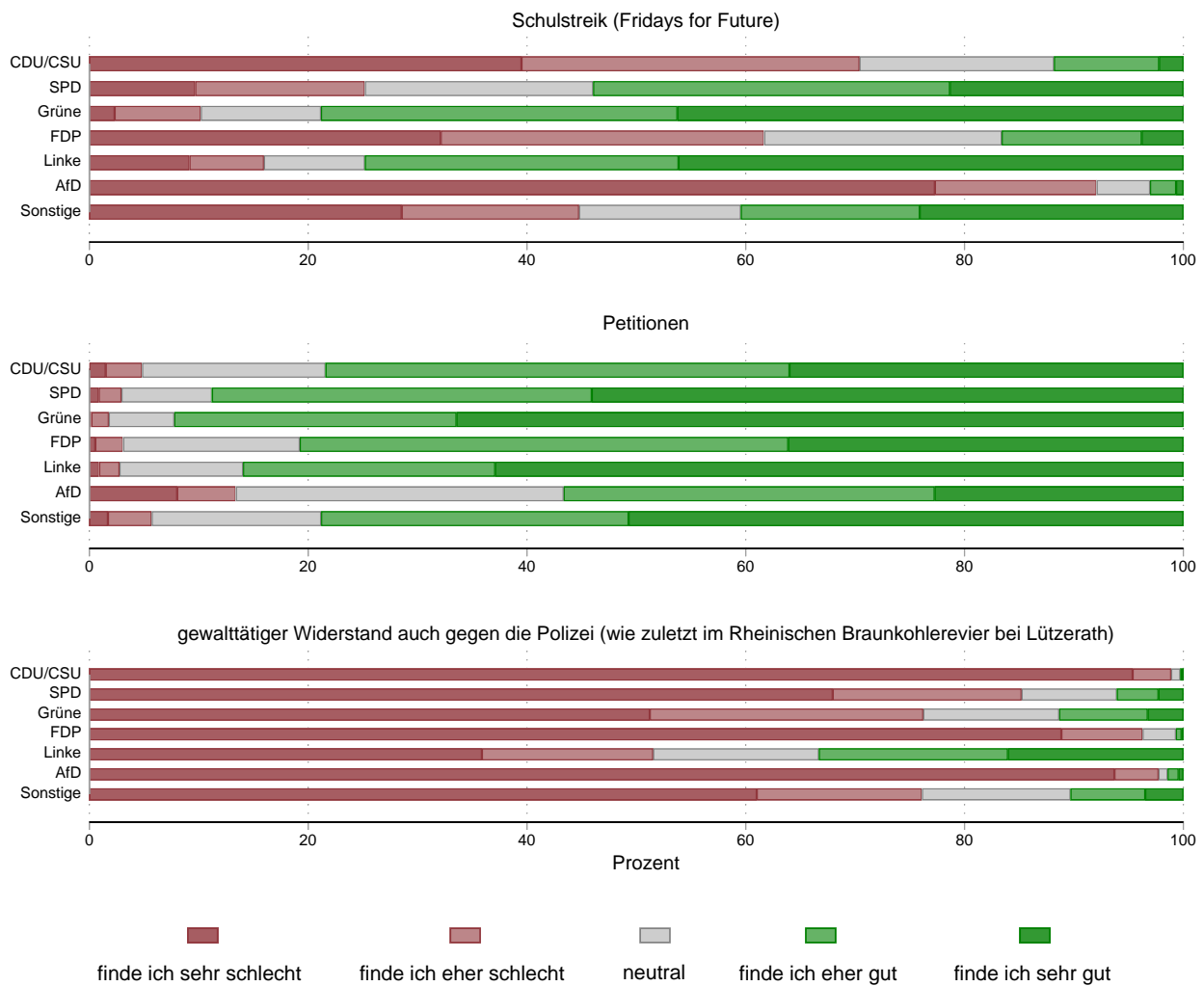
stimme gar nicht zu
 stimme eher nicht zu
 neutral
 stimme eher zu
 stimme voll und ganz zu

Während Anhänger der Grünen, der Linken und der SPD mehrheitlich nicht der Meinung sind, dass es global betrachtet irrelevant ist, ob wir in Deutschland nachhaltiger leben, sieht dies die Mehrheit der CDU/CSU und FDP-Anhänger anders. Besonders stark ausgeprägt ist diese Sichtweise unter den AfD-Anhängern. Nur etwa jede zehnte Person mit Wahlabsicht AfD stimmt dieser Aussage gar nicht oder eher nicht zu. Ein ähnliches Muster zeigt sich auch bei der Frage, ob Deutschland mit gutem Beispiel beim Thema Nachhaltigkeit vorangehen sollte und bei der Frage, ob die Industrieländer eine besondere moralische Verpflichtung haben, Nachhaltigkeit voranzutreiben. Anhänger der Grünen, der Linken und der SPD haben zu diesen Fragen vergleichsweise homogene Sichtweisen (Deutschland solle als Vorbild vorangehen und die Industrieländer hätten eine besondere Verantwortung), wohingegen es unter den anderen Parteien und insbesondere der AfD auch viele Befragte mit konträren Sichtweisen gibt. Vergleichsweise einig sind sich die Befragten bei der Aussage, dass der Staat ein nachhaltiges Leben stärker belohnen sollte. Dies befürworten die Anhänger aller Parteien mehrheitlich (besonders stark erneut die Grünen, Linken und SPD-Anhänger, aber auch die AfD-Anhänger stimmen dieser Aussage zu etwa 55 Prozent zu). Bei der Frage, wie groß die Macht des einzelnen Bürgers ist, die Welt insgesamt nachhaltiger zu gestalten, sind die Anhänger aller Parteien relativ gespalten. Dies wird selbst von den Grünen und SPD-Anhängern teilweise (bis zu 20 Prozent) kritisch gesehen. Aber auch hier zeigen die AfD-Anhänger sich besonders skeptisch. Nur etwa 38 Prozent von ihnen sehen gewisse Möglichkeiten bei den Bürgern die Welt nachhaltiger zu gestalten – etwa 48 Prozent sehen dies nicht.

4. Einstellung zu Klimaprotesten und allgemein unterschiedlichen Protestformen

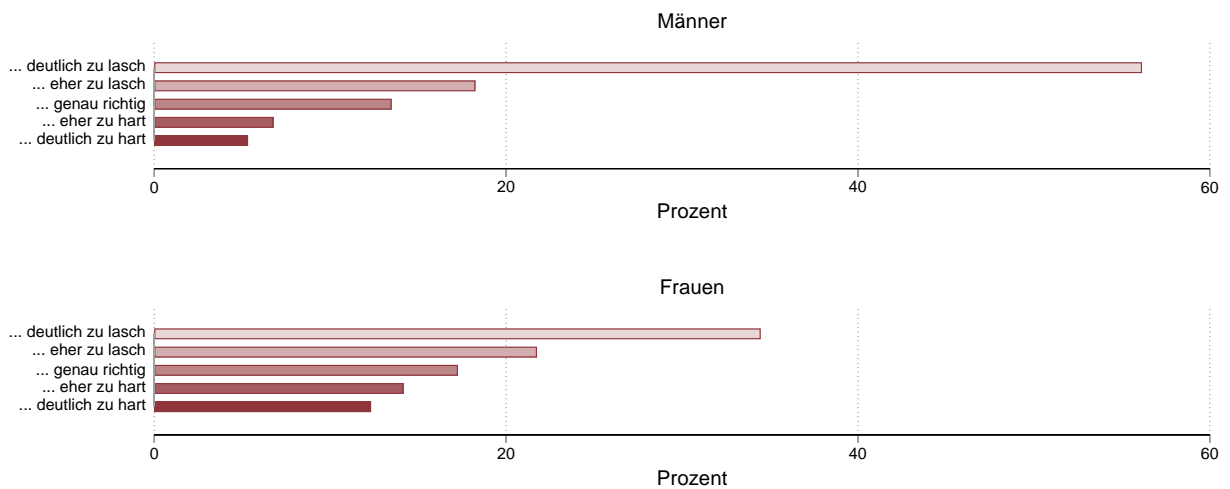
Wie stehen Sie zu den folgenden Formen des Klimaprotests?



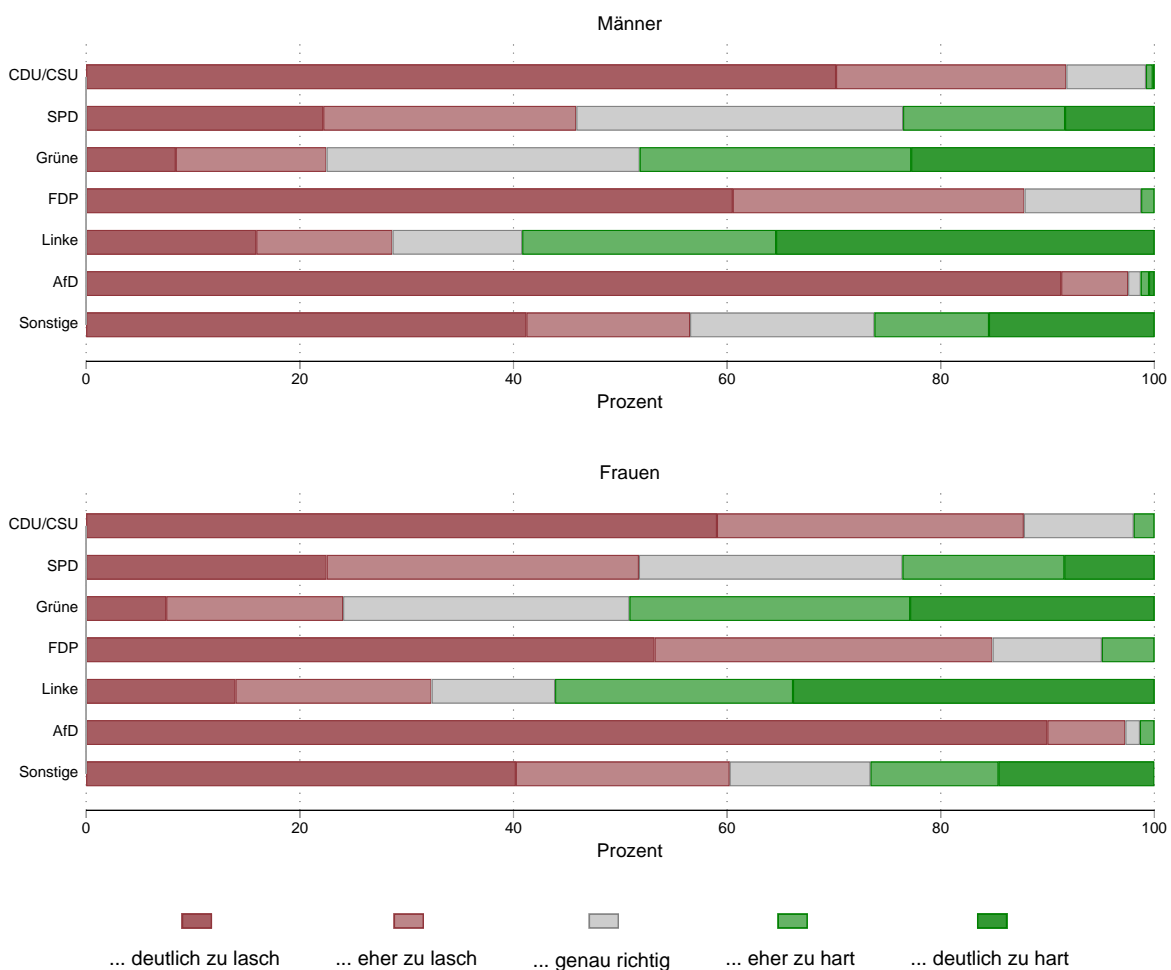


Während Petitionen als Protestform von den Anhängern aller Parteien mehrheitlich positiv beurteilt werden, werden die zuletzt von der „*Letzten Generation*“ durchgeführten Proteste (Straßenblockaden, Flugverkehr behindern und Gemälde in Museen beschmieren) mehrheitlich von allen Parteianhängern abgelehnt. Allerdings zeigen sich doch deutliche Unterschiede je nach Wahlabsicht. Während der Anteil derjenigen, die diese Protestformen eher oder sehr gut finden, unter den Unions-, FDP- und AfD-Anhängern sich durchweg im niedrigen Prozentbereich bewegt, finden sich bei den Anhängern von SPD, Grünen und v.a. der Linken deutlich mehr Personen, die solche Protestaktionen positiv bewerten. In Bezug auf Schulstreiks (*Fridays for Future*) sind die Befragten am stärksten gespalten. Während Schulstreiks von etwa 70 Prozent der CDU/CSU-Anhänger und fast 95 Prozent der AfD-Anhänger abgelehnt werden, finden mehr als 75 Prozent der Grünen- und Linken-Anhänger diese eher oder sehr gut. In Bezug auf gewalttätigen Widerstand auch gegen die Polizei ist die Einstellung der Befragten vergleichsweise homogen. Mit Ausnahme der Linken-Anhänger, von denen immerhin 35 Prozent eine gewalttätige Widerstandsform im Kontext des Klimaprotests zumindest in Teilen positiv bewerten, sind es unter den Anhängern der anderen Parteien durchweg weniger als 10 Prozent. Unter den Unions- und FDP-Anhängern sogar weniger als 1 Prozent.

Wie empfinden Sie die deutsche Strafverfolgung bei Protesten der "Letzten Generation" (Straßenblockaden, Kunstwerke beschmieren)? Die Strafverfolgung ist ...



Bei der Frage, wie die Strafverfolgung bei Protesten der „*Letzten Generation*“ eingeschätzt wird, zeigen sich zunächst deutliche Unterschiede nach Geschlecht der Befragten. Männer geben zu mehr als 50 Prozent an, dass diese deutlich zu lasch wäre, wohingegen dies bei den Frauen nur etwa 35 Prozent sind. Interessant ist jedoch, dass dieser Geschlechterunterschied offensichtlich v.a. darauf zurückzuführen ist, dass die befragten Männer und Frauen sich bei der Sonntagsfrage deutlich unterscheiden. Kontrolliert man auf die Wahlabsicht zeigt sich, dass innerhalb der einzelnen Parteien so gut wie keine Geschlechterunterschiede bei der Haltung zur Strafverfolgung mehr vorhanden sind.

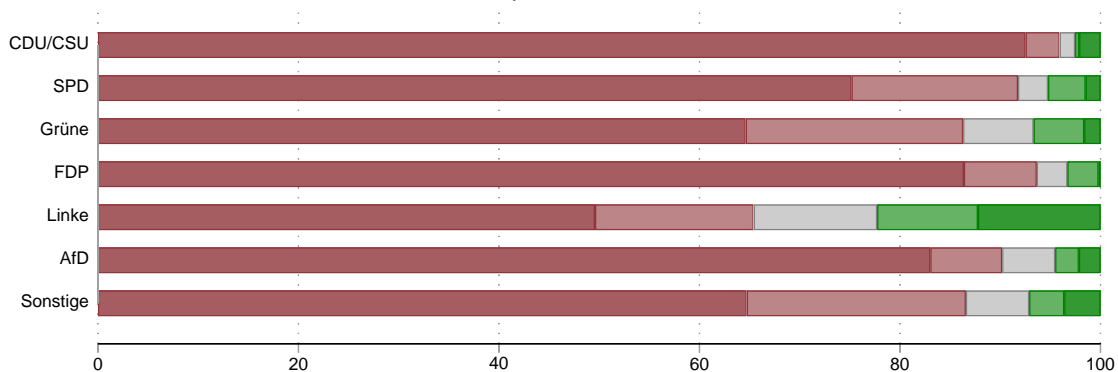


Einstellung zu Protestformen

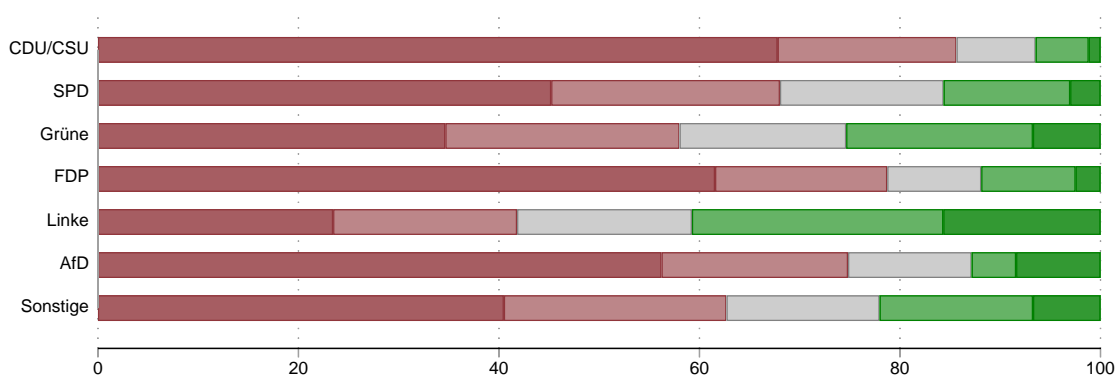
In die Umfrage war ein sogenanntes Framing-Experiment eingebaut. Dieses sollte testen, inwiefern der Kontext, in dem von Protesten gesprochen wird, Auswirkungen darauf hat, inwieweit bestimmte (gewalttätige) Protestformen als gerechtfertigt angesehen werden. Die Befragten haben zufällig einen von drei Frames in Form von kurzen Zeitungsausschnitten präsentiert bekommen. Entweder einen Text über eine Straßenblockade der „Letzten Generation“, einen Text über die gewaltsamen Proteste im Iran, und einen über Ausschreitungen in Folge von Anti-Corona-Demonstrationen in China. Im Anschluss an diese Framing-Texte haben dann alle Befragten dieselben drei Fragen zur Legitimität von bestimmten Protestformen vorgelegt bekommen. Die Annahme, dass sich die Einstellung zu diesen Protestformen in Teilen vom jeweiligen Kontext abhängt, hat sich bestätigt. Dies lässt sich den folgenden Grafiken entnehmen. Insgesamt zeigt dieses Framing-Experiment, dass es durchaus darauf ankommt, welche Bilder Menschen im Kopf haben, wenn sie ihre Meinung zu Themen wie gewaltsamer Protest äußern.

Wenn es die Situation erfordert, sind Protestformen gerechtfertigt,
die Gewalt gegenüber staatlichen Institutionen
oder Amtsträgern (z.B. Polizei) einsetzen.

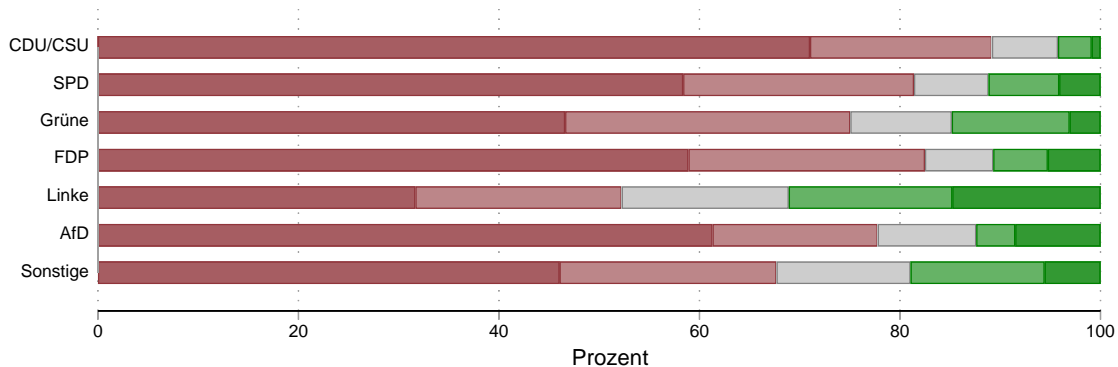
Frame: Klimaproteste der 'Letzten Generation'



Frame: Gewaltsame Proteste im Iran



Frame: Gewaltsame Proteste in China

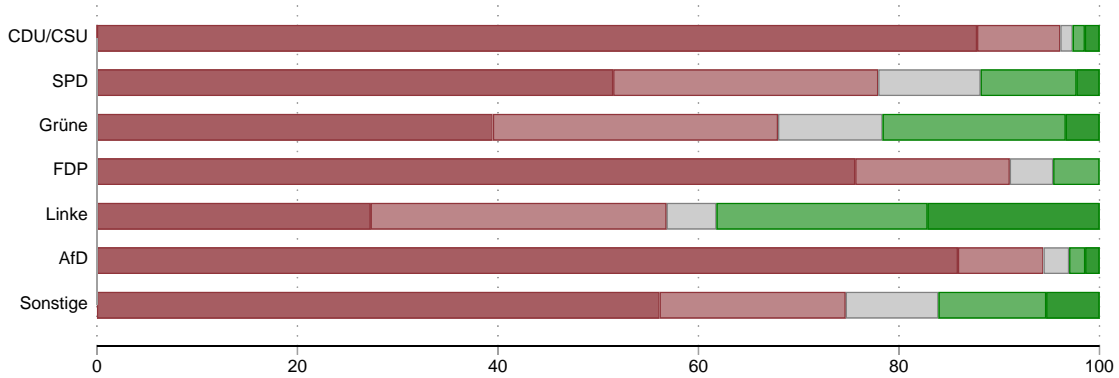


stimme gar nicht zu
 stimme eher nicht zu
 neutral
 stimme eher zu
 stimme voll und ganz zu

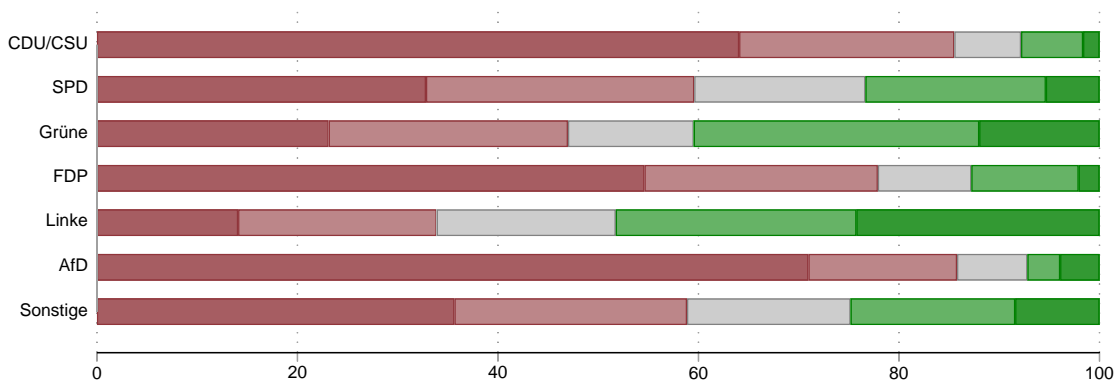
Auch wenn Gewalt gegenüber staatlichen Institutionen (z.B. Polizei) mehrheitlich von den Befragten abgelehnt wird, so zeigen sich doch Unterschiede zwischen den einzelnen Frames. Diejenigen, die den Klimaprotest-Frame gelesen hatten, hießen solche gewalttätigen Proteste deutlich seltener gut als diejenigen, die den China- und v.a. den Iran-Frame angezeigt bekommen hatten. Interessant ist zudem, dass der Unterschied bei den Grünen beim Iran-Frame besonders augenscheinlich ist. Bei vorangehenden Klimaprotest-Frame waren weniger als 10 Prozent der Grünen-Anhänger der Meinung, dass Gewalt gegenüber staatlichen Institutionen zumindest teilweise gerechtfertigt sei. Hingegen sind es bei den Grünen-Anhängern, die dem Iran-Frame ausgesetzt wurden, über 25 Prozent. Aber auch bei den anderen Parteien verdoppelt sich die Zustimmungsrates zu Gewalt gegenüber staatlichen Institutionen im Vergleich von Klimaprotest- und Iran-Frame.

Wenn es die Situation erfordert, sind Protestformen gerechtfertigt, in deren Rahmen Sachbeschädigungen begangen werden.

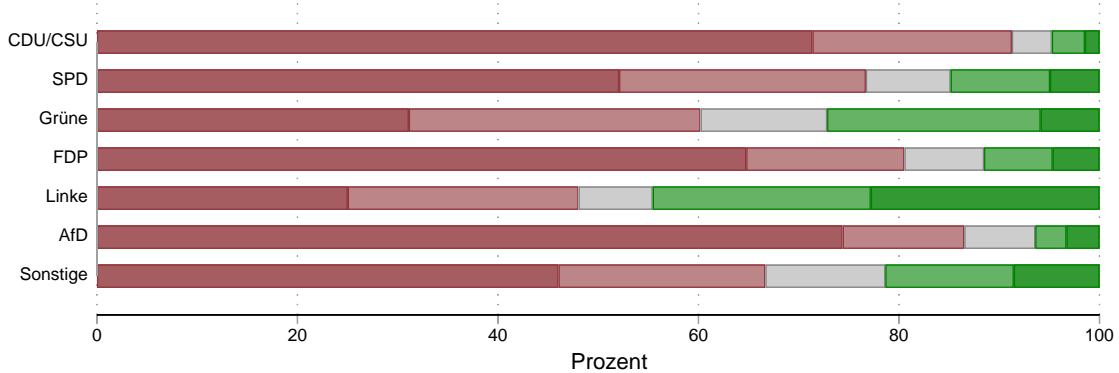
Frame: Klimaproteste der 'Letzten Generation'



Frame: Gewaltsame Proteste im Iran



Frame: Gewaltsame Proteste in China

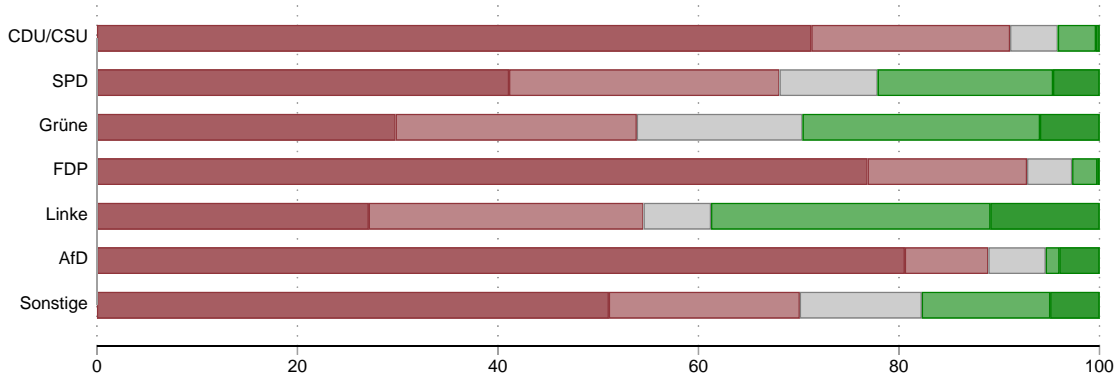


stimme gar nicht zu stimme eher nicht zu neutral stimme eher zu stimme voll und ganz zu

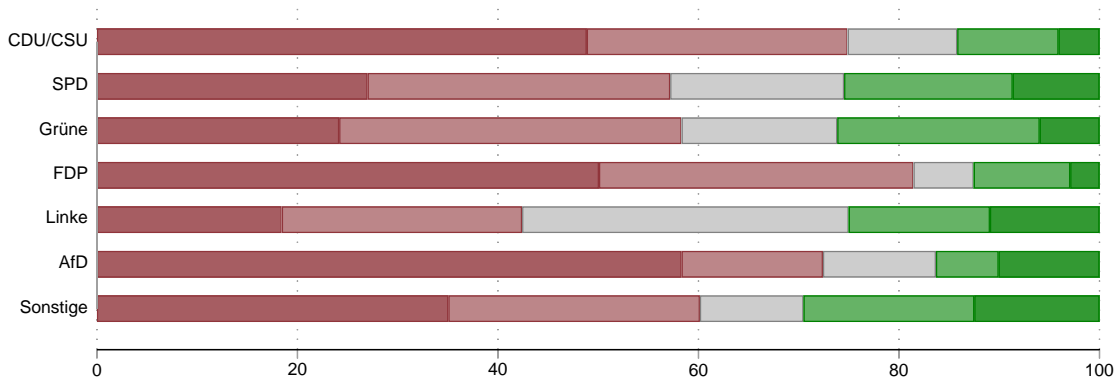
Dasselbe Bild zeigt sich auch bei der Frage, inwiefern Sachbeschädigungen im Zuge von Protesten gerechtfertigt sind. Während die große Mehrheit der Befragten, die den Klimaprotest-Frame angezeigt bekommen hatte, dies ablehnt, ist die Ablehnung bei den beiden anderen Gruppen (Iran- und China-Frame) schwächer ausgeprägt.

Wenn es die Situation erfordert, sind Protestformen gerechtfertigt,
die Freiheitsrechte von anderen Menschen einschränken.

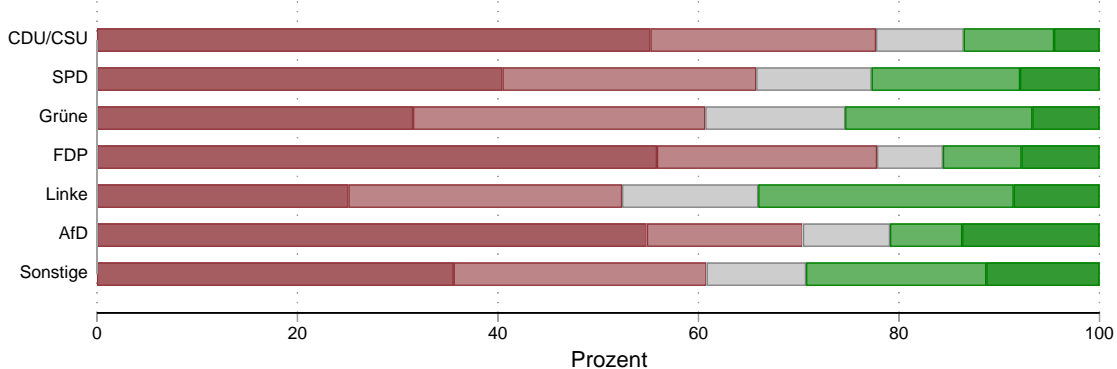
Frame: Klimaproteste der 'Letzten Generation'



Frame: Gewaltsame Proteste im Iran



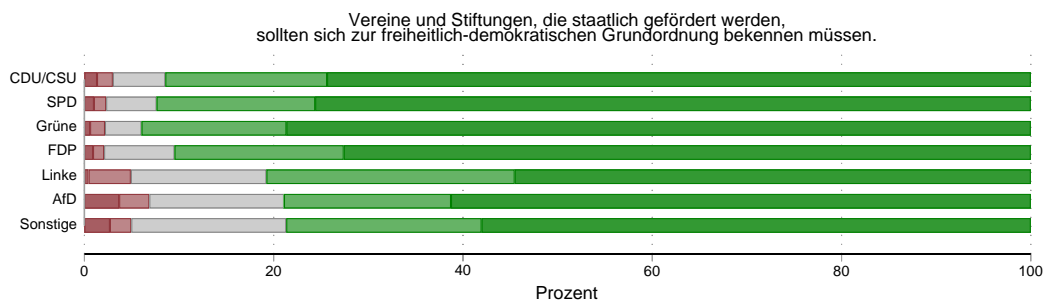
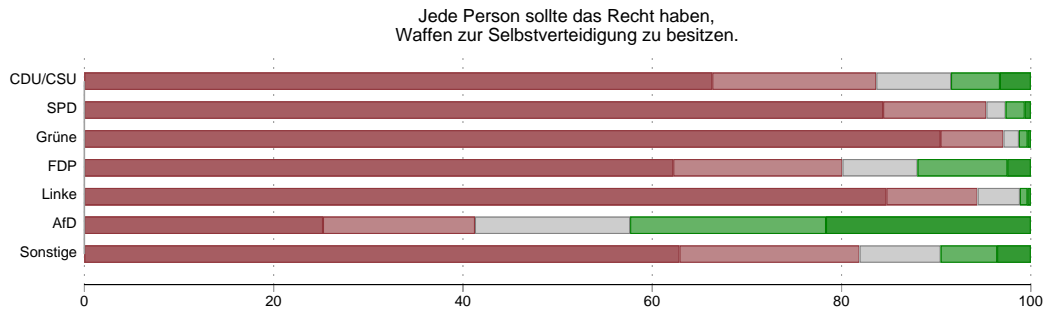
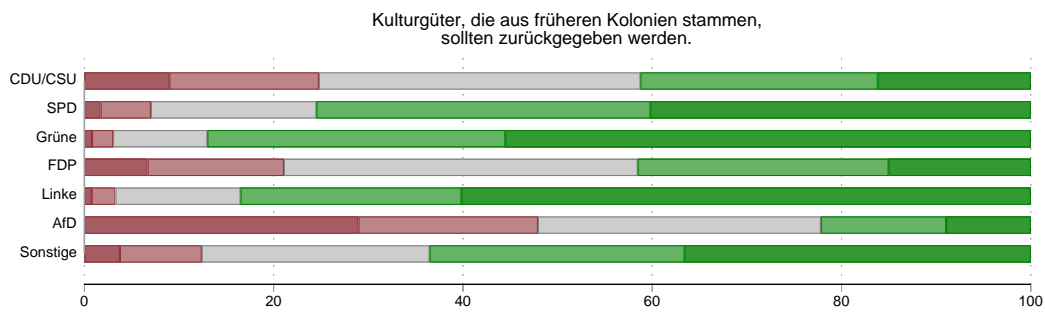
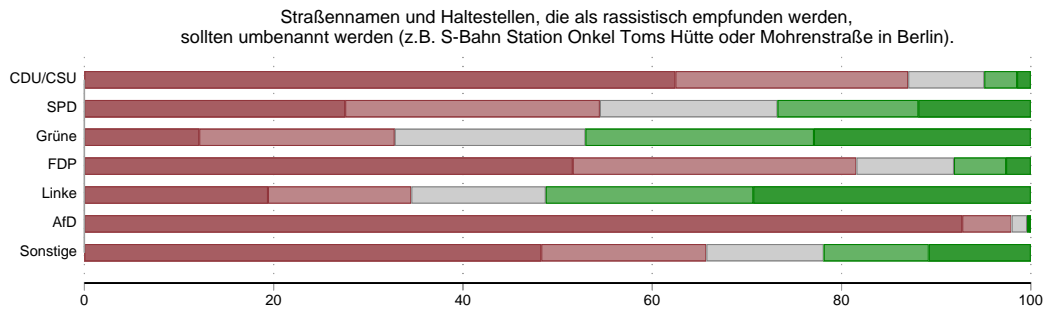
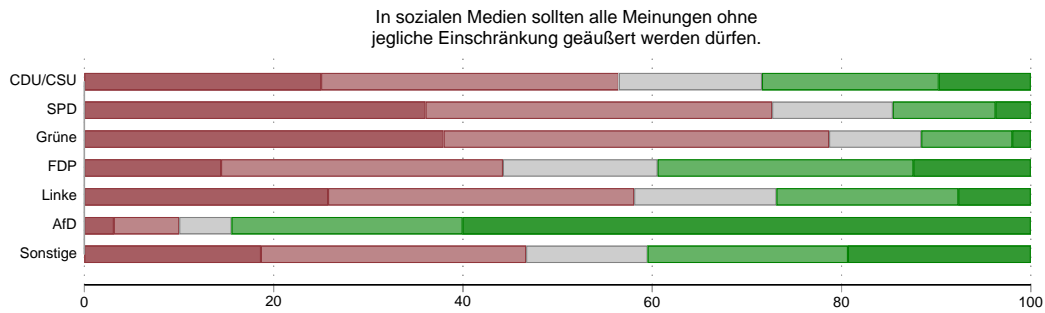
Frame: Gewaltssame Proteste in China



stimme gar nicht zu
 stimme eher nicht zu
 neutral
 stimme eher zu
 stimme voll und ganz zu

Bei der Frage, inwieweit Protestformen, die Freiheitsrechte anderer Menschen einschränken, gerechtfertigt sind, zeigt sich im Gegensatz zu den vorangehenden Fragen ein etwas abweichendes Bild. Während Anhänger von Union, FDP und AfD, die den Klimaprotest-Frame angezeigt bekommen hatten, solche Protestformen seltener als gerechtfertigt ansehen als diejenigen mit dem Iran- oder China-Frame, ist dies bei Grünen- und Linken-Anhängern tendenziell umgekehrt. Diese finden Protestformen, die Freiheitsrechte von Menschen einschränken, eher gerechtfertigt, sofern sie den Klimaprotest-Frame angezeigt bekommen hatten.

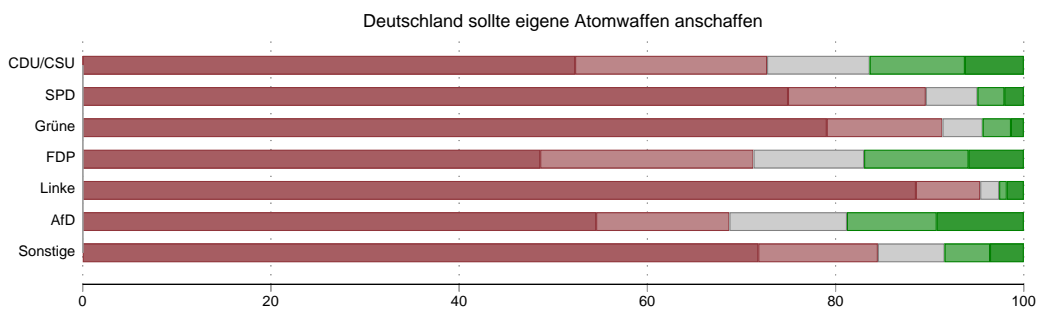
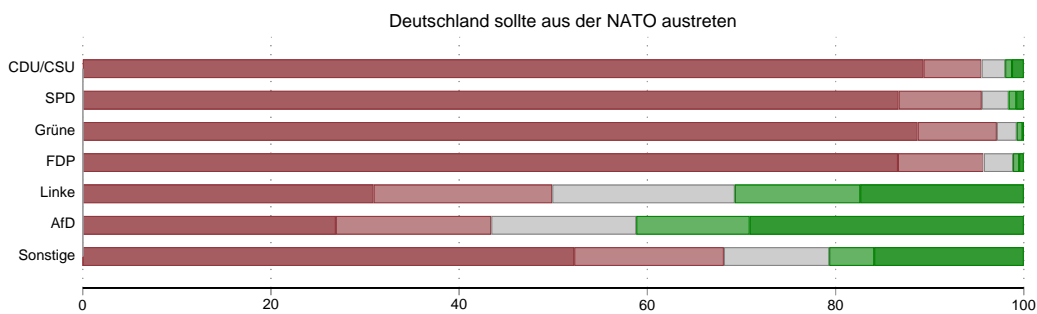
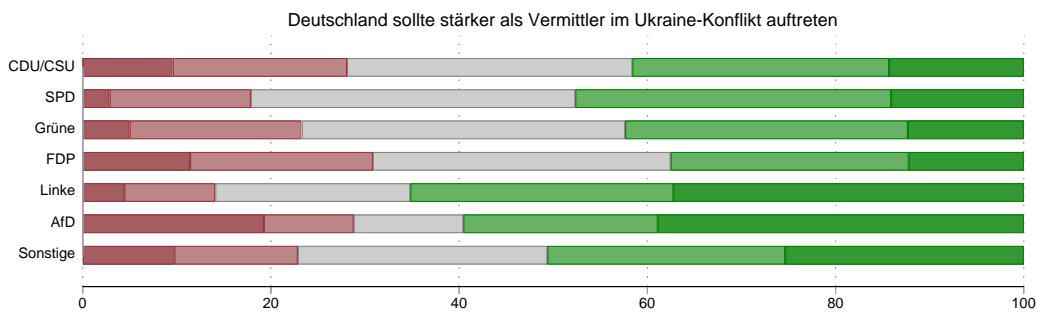
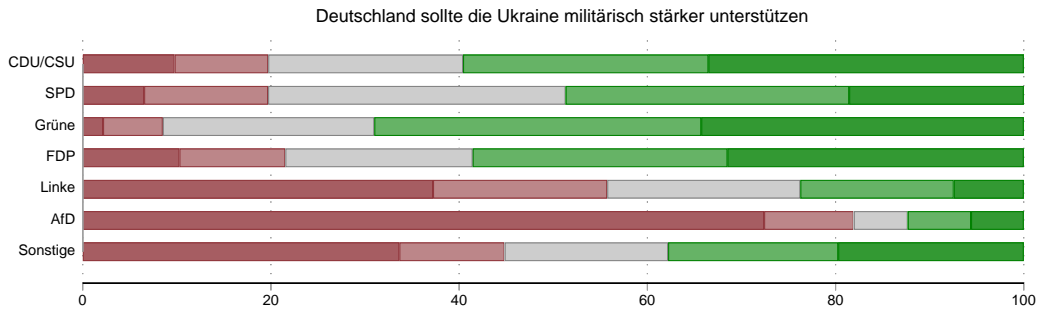
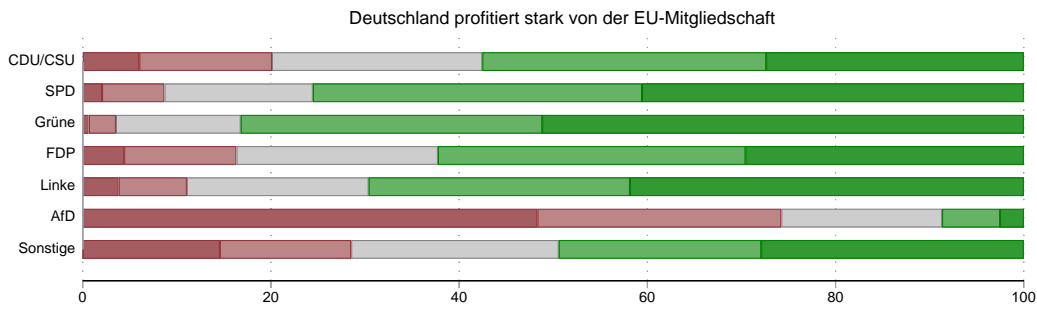
Identitätspolitische Fragen: Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

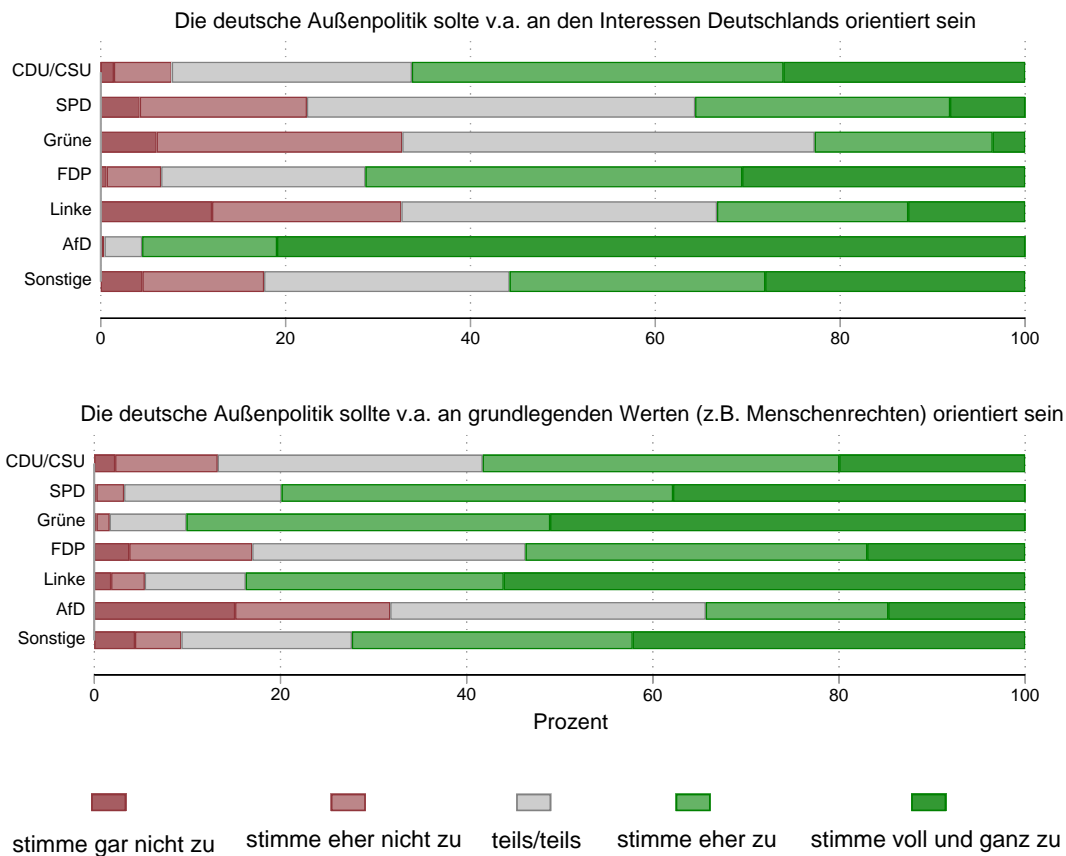


stimme gar nicht zu
 stimme eher nicht zu
 neutral
 stimme eher zu
 stimme voll und ganz zu

In Bezug auf einige identitätspolitisch aufgeladene Fragestellungen zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien. Besonders deutlich ist dies bei der Frage der Meinungsfreiheit in sozialen Medien. Während über 80 Prozent der AfD-Anhänger eine Meinungsäußerung ohne jegliche Einschränkungen befürworten, sind bei den Anhängern der anderen Parteien hier deutlich weniger Befragte für eine solche uneingeschränkte Meinungsfreiheit. Bei den beiden zuletzt intensiver diskutierten Themen „Umbenennung von Straßennamen“ und „Rückgabe von Kunstwerken an ehemalige Kolonien“ ist dieses Muster ebenfalls erkennbar, allerdings ist das Niveau der Zustimmung/Ablehnung bei diesen beiden Fragen doch sehr unterschiedlich. Während die Rückgabe von Kulturgütern an ehemalige Kolonien nur von einer Minderheit (sogar unter den AfD-Anhängern) abgelehnt wird, ist die Umbenennung von als rassistisch empfundener Straßennamen und Haltestellen deutlich weniger populär. Nur unter den Anhängern der Linken und der Grünen finden sich hier knapp 50 Prozent, die solche Umbenennungen positiv bewerten. In der Frage, ob jede Person das Recht haben sollte, Waffen zur Selbstverteidigung zu besitzen, ist das Meinungsbild hingegen weitestgehend homogen. Dies wird von der großen Mehrheit der Befragten deutlich abgelehnt, einzig unter den Personen mit Wahlabsicht CDU/CSU und FDP finden sich größere Minderheiten, die einen solchen Waffenbesitz für jedermann gutheißen. Insbesondere sind es aber erneut die Anhänger der AfD, die hier hervorstechen. Unter diesen sind Befürworter und Gegner des Waffenbesitzes etwa ausgeglichen. Ebenfalls sehr homogen ist das Bild bei der Frage, ob Vereine und Stiftungen, die staatlich gefördert werden, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen sollen müssen. Dies wird von den Befragten – gleich welcher Partei sie anhängen – mit deutlicher Mehrheit befürwortet. Die höchste Ablehnung herrscht dabei noch unter den AfD-Anhängern. Dies ist insoweit interessant, als diese Forderung wortwörtlich aus dem AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 entnommen wurde.

5. Außen und Sicherheitspolitik





In Bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik zeigen sich die Befragten bei einigen Themen sehr einmütig. So wird die Anschaffung eigener Atomwaffen sehr deutlich von den Anhängern aller Parteien abgelehnt. Auch ein NATO-Austritt steht für die meisten Befragten nicht als sinnvolle Option zur Debatte. Diese Frage, wie auch die nach der stärkeren militärischen Unterstützung der Ukraine, zeigt, dass bei außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen ähnliche Ansichten bei Befragten vorzufinden sind, deren Wahlabsichten sich eigentlich ideologisch konträr gegenüberstehen. So können sich die Anhänger der Linken und der AfD deutlich eher mit einem NATO-Austritt anfreunden und sind gleichzeitig deutlich seltener für eine stärkere militärische Unterstützung der Ukraine als die Anhänger der anderen Parteien. Während sich fast alle AfD-Anhänger dafür aussprachen, dass die deutsche Außenpolitik v.a. an den Interessen Deutschlands orientiert sein sollte, sind mehr als 80 Prozent der Grünen, Linken und SPD-Anhänger der Meinung, dass die deutsche Außenpolitik sich vielmehr v.a. an grundlegenden Werten (wie z.B. Menschenrechten) ausrichten sollte. Diese beiden Fragen zeigen damit, dass in der Bevölkerung doch sehr unterschiedliche Vorstellungen vorherrschen, wie Deutschland sich international engagieren sollte.